

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Drahstr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und lassst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schliesst an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei
Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben,
Betrag vorher einsenden. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308. Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Aufruf

für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar—März 1926 durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des Afa-Bundes ist zu diesem Zweck

ein Termin zu bestimmen,

in welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 des BMO. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Januar 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61 und 62 des BMO (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Aufweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/420) und die Richtlinien des Afa-Bundes vom 3. Juli 1924. Hierin ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen

Berlin, den 1. Februar 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
(ADGB.)

Allgemeiner freier Angestelltenbund
(AfA-Bund.)

Steht die deutsche Wirtschaft vor einer Konjunkturbelebung?

Millionen von Arbeitern und Angestellten, die, von der ungeheuren Wirtschaftskrise betroffen, ihre Beschäftigung verloren haben oder aber als Kurzarbeiter fast der gleichen Not wie die Erwerbslosen preisgegeben sind, warten gespannt auf den „Silberstreifen“ am Horizont, der ihnen die Rückkehr zur alten Beschäftigung bedeutet.

Ein wichtiges Zeichen gibt es allerdings, das auf eine bevorstehende Belebung der Konjunktur hinweist; das ist die Tatsache der Kreditvermehrung. Neue Kredite sollen der deutschen Wirtschaft in zweierlei Form zufließen: einmal aus den ausländischen Anleihen, die in der letzten Zeit wieder ausgiebig gewährt werden, zum anderen aber durch die von der Reichsbank angeforderte Milde, wenn nicht Aufgabe der bisher erfolgten Politik der Kreditbeschränkung. Die Erweiterung der Kredite bedeutet aber Verbesserung der Konjunktur. Aus den Krediten kann der Produktionsapparat ergänzt oder vervollständigt werden, können Rohstoffe gekauft, Arbeiter eingestellt, Löhne und Gehälter gezahlt werden. Auslandsanleihen bedeuten in dieser Beziehung Übertragung der Kaufkraft von dem sorgenden Ausland auf das kreditnehmende Inland. Die neuen inländischen Kredite für die Wirtschaft — ob sie nun auf früheren Ersparnissen beruhen oder aber ursprünglich zur Erweiterung der Produktion geschaffen werden — bedeuten ebenfalls neu hinzutretende Kaufkraft.

Wieso kommt es, daß, trotzdem die Auslandskredite schon seit längerer Zeit wieder einströmen, und die Erweiterung der inländischen Kreditbasis schon vor längerer Zeit angekündigt wurde, die Belebung der Konjunktur noch nicht einsetzt? — Dies kommt daher, daß die Wirtschaftskrise, vor allem die gegenwärtige in Deutschland, auch eine Vertrauenskrise ist. Das zur Kreditgewährung nötige Vertrauen in die Tragfähigkeit der Wirtschaft ist erschüttert, weshalb selbst die vorhandenen Kapitalien von den Banken nicht voll ausgeliehen werden. Die ausländischen Anleihen liegen, bevor sie ihrer endgültigen Bestimmung zugeführt werden, bei den deutschen Banken, die sie aber nicht der Wirtschaft zuführen, sondern als Einlagen zu ganz niedriger Verzinsung, ja sogar ohne Verzinsung liegen lassen. Sofern der Wirtschaft Kredite gewährt werden, so geschieht das trotz der jüngst erfolgten Herabsetzung der Reichsbankzinsen immer noch zu hohen Zinsen, was einer Erweiterung der Kreditbasis hindernd im Wege steht. Zu dem relativ niedrigen Reichsbankzinsfuß erhalten nur bevorzugte Kreise Kredite, während die übrige Wirtschaft auch heute noch — wenn

werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 des BMO und § 22 der Wahlordnung zum BMO).

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sämtlicher deutscher Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmüdigkeit der Belegschaften festzustellen. Diese Beobachtungen decken sich mit denjenigen der Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von ihrem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch machen und sich in folgebeissen auch ihrer großen Rechte hieraus freiwillig begeben. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Werksbeurlaubungen und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schutzlos sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtigste gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

leseprozeß kann aber nur durch einen Druck auf die Produktion erreicht werden, der die lebensfähigen Betriebe zur Rationalisierung zwingt, den nicht lebensfähigen aber das Lebenslicht ausbläst. Wenn nun umfangreiche Kredite gewährt werden, so wird, wie manche wohlmeinende Kritiker befürchten, dieser Rationalisierungsprozeß aufgehalten. So ist zum Beispiel eines der größten Uebel die allzu große Lagerhaltung bei den Industrieunternehmen und Ladenbesitzern. Vermehrte und verbilligte Kredite können jedoch zur Verbeibehaltung der überflüssigen großen Lager beitragen, indem sie das Durchhalten der Waren bis zu deren Preiserhöhung ermöglichen. Auch sonst können aber die nicht lebensfähigen Betriebe mit Hilfe der neuen Kredite zum Schaden des Reinigungsprozesses künstlich über Wasser gehalten werden. Die Kreditanziehung führt vermehrte Nachfrage herbei und verhilft somit den Unternehmern zu Gewinnen, die sonst nur durch eine gründliche Rationalisierung der Betriebe zu erreichen wären. Deshalb meinen die erwähnten Wirtschaftspolitiker, es sei besser, den weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Kauf zu nehmen, und diese bis zum bitteren Ende auszukosten, als daß nach Abflauen des Kreditstromes die Krise mit um so größerer Wucht aufzutreten würde.

Das Gewicht dieser Bedenken kann nicht bestritten werden. Sie können uns aber nicht dazu verführen, die Konjunkturbelebung durch Kredite von der Hand zu weisen. Es ist durchaus nicht notwendig, daß die Rationalisierung der Produktion mit wachsendem Elend der Bevölkerung und weiterem ungeheuren Anschwellen der Arbeitslosigkeit einhergeht. Nötig ist aber, daß der Druck zur Rationalisierung trotzdem nicht anhört. Hohe Löhne sind auf jeden Fall der wirksamste Antrieb zu technischen Verbesserungen. Es gehört auch eine energische Preiskontrolle, vor allem eine verschärfte Kontrolle über die Kartelle dazu, um die zu erwartenden Preissteigerungen in ihrem Ausmaß zurückzuführen. Die Kartelle müssen gezwungen werden, bei durch Kredite vermehrter Nachfrage nach Produktions- und Konsumgütern ein vermehrtes Warenangebot zu billigen Preisen entgegenzustellen, damit die inflatorischen Wirkungen der Kreditausdehnung vermieden werden. Freilich wäre auch die richtige Verteilung der Kredite von großer Wichtigkeit. Selbst bei vermehrtem Kreditumfang wäre eine Auslese unter den Kreditnehmern durchaus möglich, falls hierüber die allgemeinen Interessen der Volkswirtschaft den Ausschlag geben würden. Von dem Zustand einer durchgreifenden Kreditkontrolle sind wir allerdings weit entfernt. Für jeden Fall soll aber betont werden, daß bei richtiger Wirtschaftspolitik Konjunkturbelebung und Rationalisierung der Produktion einander nicht ausschließen müssen. H. S.

Anfurbelung der Wirtschaft.

Die verschiedenen Erörterungen, das Wirtschaftsleben durch Gewährung größerer Kredite anzufurbeln, haben jetzt greifbare Gestalt angenommen. Die Errichtung einer Exportversicherung, für die das Reich aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge rund 10 Mill. Mk. zur Verfügung stellt, ist gesichert worden. Es handelt sich dabei um eine Verteilung des finanziellen Risikos bei Exportgeschäften, um so die deutsche Warenausfuhr nach dem Auslande zu heben. Bedingung für die Herabgabe der Selbstversicherung der produktiven Erwerbslosenfürsorge soll sein, daß der einzelne Exporteur seine Warenausfuhr nach dem Auslande über den gegenwärtigen Umfang hinaus steigert. Das Reich wird also das Risiko für Exportgeschäfte auf Grund seiner Beteiligung an der Exportversicherung nur dann übernehmen können, wenn es sich um zusätzlichen Export handelt.

Größere und schnellere Bedeutung für die Belebung des Arbeitsmarktes werden ohne Zweifel die Zwischenkredite des Reiches an die Reichseisenbahn erhalten. Die Höhe dieser Kredite wird mit 200 Millionen Reichsmark angegeben. Auf Grund dieser Kredite soll die Reichsbahn Bestellungen an die Industrie geben, die nach dem Etat der Reichsbahn erst in späterer Zeit gegeben werden dürfen. Die Aktion wird insbesondere der Eisenindustrie, vor allem dem Waggonbau und dem Brückenbau zugute kommen. Grundätzlich besteht zwischen dem Reich, der Reichseisenbahn und der Industrie eine einheitliche Auffassung über die Notwendigkeit dieses Credits und seine Verwendung hinsichtlich der Entlastung des Arbeitsmarktes. Ungeklärt ist aber bis jetzt noch die Zinsfrage geblieben. Wenn die Eisenbahn ihre, für eine spätere Zeit vorgesehenen Aufträge jetzt schon an die Industrie gibt, und zwar mit Hilfe der Zwischenkredite des Reiches, entstehen der Reichsbahn hohe Verpflichtungen durch die fällig werdenden Zinsen. Diese Zinsen wollen Eisenbahn und Industrie auf das Reich abwälzen, d. h. das Reich soll den Zwischenkredit zur Anfurbelung der Wirtschaft zinslos zur Verfügung stellen.

Einen anderen Plan, das Wirtschaftsleben wieder in Fluß zu bringen, hat man im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet. Bei diesem Plan handelt es sich um den Gedanken, die Wirtschaft über den Baumarkt anzufurbeln. Der Reichsarbeitsminister veranschlagt die erforderlich werdenden Summen in den beiden nächsten Jahren, um den Neubau entsprechender vorhandenen Wohnungsmangel zu fördern, auf 1,2 Milliarden Reichsmark. Da diese Summe in Deutschland durch den nur in Frage kommenden Realcredit nicht ausgebracht werden kann, wird die Aufnahme von Auslandskredit vorgeschlagen. So sympathisch der Vorschlag des Reichsarbeitsministers ist, stehen der Verwirklichung dieses Gedankens starke Hemmnisse und Bedenken entgegen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ist die Fesselung (Immobilisierung) so großer Summen nur schwer gutzuheißen, da sie eine Verknappung unserer wenigen flüssigen Mittel bedeutet und, da es sich um zusätzlichen Kredit aus dem Auslande handelt, zu einer argen Belastung unserer Zahlungsbilanz führen muß. Außerdem sind die Baukosten heute so hoch, daß unserer Auffassung nach der Wohnungsbau nicht in dem Maße gefördert werden kann, wie es notwendig erscheint, um zu einer dauernden Belebung der Wirtschaft zu kommen. Selbstverständlich ist es notwendig, schon im Interesse von tausenden Wohnungslosen in Deutschland, den Plan des Reichsarbeitsministers für die Belebung der Wirtschaft soweit auszunutzen, als die Voraussetzungen es

auch ihre Zinslast gegenüber 1924 wesentlich geringer wurde — Zinsen zahlen muß, welche unter Anrechnung der verschiedenen Provisionen etwa das Zweifache der Reichsbankzinsen ausmachen. Diese Zinspolitik und die Vertrauenskrise verbinden die als Folge der Kreditvermehrung zu erwartende Belebung der Konjunktur.

Wenn wir trotzdem annehmen, daß die konjunkturbefehlende Vertrauenskrise einer zuverlässigeren Beurteilung der Lage weichen wird und daß brachliegende Kapitalien schließlich ihren Weg in die Wirtschaft finden werden, so stehen wir wieder vor neuen Problemen, deren Gewicht nicht unterschätzt werden darf.

Die Konjunkturbelebung pflegt immer mit Preisserhöhungen einherzugehen. Was aber der deutschen Wirtschaft nottut, ist ein Preisabbau. Das deutsche Preisniveau ist immer noch zu hoch. Der amtliche Großhandelsindex gibt über die wirkliche Höhe der Preise keinen richtigen Aufschluß, da die Kleinhandelspreise — und schließlich kommt es in den meisten Fällen auf die Kleinhandelspreise an — außerordentlich hoch sind. Auch der Reparationsagent hat in seinem jüngst verfaßten Bericht auf diesen Umstand nachdrücklich hingewiesen. Er hat ein charakteristisches Beispiel für diese Lage angeführt: Der durchschnittliche Preis von drei Sorten Rindfleisch betrug im Sommer 1925 95 Proz. des Vorkriegspreises, der durchschnittliche Fleischpreis dieser drei Sorten betrug im Großhandel 119 Proz., im Kleinhandel dagegen 136 bis 250 Proz. der Vorkriegspreise. Die letzte Nummer des „Economist“ widmet der Erklärung der derzeitigen Höhe der deutschen Preise eine besondere Untersuchung, was deshalb auffallend ist, weil es zeigt, daß selbst das Ausland, welches sich über die niedrigen deutschen Löhne, die die internationale Konkurrenz erschweren, beklagt, trotzdem die außerordentliche Höhe des deutschen Preisniveaus anerkennt. Der Preisabbau ist unerlässlich notwendig, wenn die Arbeitslosigkeit gesteuert werden soll. Nicht weniger notwendig ist aber die Preisentkung für die im Inland verbrauchten Waren, schon deshalb, weil die Steigerung der Ausfuhr eine Verbreiterung der Produktionsbasis voraussetzt, die wieder nur möglich ist, wenn im Inland ein kaufkräftiges Publikum die Waren aufzunehmen vermag. Bei den gegenwärtigen hohen Preisen kann dies aber nicht geschehen. So stehen wir hier vor einem Problem; auf der einen Seite Belebung der Konjunktur mit steigenden Preisen, auf der anderen die Notwendigkeit des Preisabbaues. Sehr verschärft wird dieses Problem noch durch ein zweites, nämlich die Notwendigkeit der Umstellung und der Rationalisierung der Produktion. Niemand kann sich der Tatsache verschließen, daß diese Rationalisierung durch Verbesserung der Organisation, vor allem durch Ausschaltung der nicht lebensfähigen Betriebe, unvermeidlich ist. Dieser Aus-

gestatten. Erste Voraussetzung muß aber eine Senkung der Baukosten sein.

Viel mehr Bedeutung für die Belegung des Arbeitsmarktes kommt sehr wahrscheinlich einem anderen Plan zu, der im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet worden ist. Dieser Plan bezweckt, die Ausfuhr nach Rußland zu fördern. Bekanntlich sind ja die Sowjetrussen und die deutschen Kommunisten ein Herz und eine Seele und die Verbrüderung scheint auf dem Papier keine Grenzen zu kennen. Wenn die Sowjetrussischen Behörden aber praktische Wirtschaft treiben, scheinen sie ganz vergessen zu haben, daß es in Deutschland drei Millionen Arbeitslose gibt, unter denen sich viele Kommunisten befinden. Dann werden nämlich die sowjetrussischen Waren-aufträge nicht nach dem Lande gegeben, wo es die meisten arbeitslosen Kommunisten gibt, sondern man hiebert sich eben mit demjenigen Kapitalismus an, der die günstigsten Bedingungen für das Geschäft gewährt. Rußland braucht als Wirtschaft und als Warenbezieher vor allem langfristigen Kredit. Diesen Kredit können die deutschen Industriellen nicht in dem Maße gewähren, wie die Industriellen Englands oder Amerikas. Die Folge davon ist, daß die Ausfuhr Deutschlands nach Rußland in den letzten Jahren stark gesunken ist. Einer weiteren Verschlechterung des deutschen Warenexports nach Rußland kann nur dadurch entgegenge wirkt werden, daß die deutsche Industrie in die Lage versetzt wird, den russischen Warenabnehmern langfristigen Kredit zu gewähren. Hier steht nun der Plan des Reichswirtschaftsministers ein, und zwar handelt es sich bei ihm um eine Art speziell auf das russische Geschäft zugeschnittene Exportversicherung. Man glaubt, so in ganz kurzer Zeit die Warenausfuhr nach Rußland fördern und damit die deutsche Wirtschaft beleben zu können.

Zur Verschmelzungsfrage.

Wir berichteten darüber zuletzt in unserer Nr. 50 vom 12. Dezember 1925, in der wir die Entschliessungen der Vorstands- und Beiratsitzungen unseres Verbandes in Charlottenburg vom 28. und 29. November und des Glasarbeiterverbandes in Jena vom 29. und 30. November bekanntgaben. Zur gleichen Zeit brachten der „Fachschnelle“ und der „Grundstein“ in ihrer Nr. 50 Berichte über die Jenaer Tagung der Glasarbeiter. Im „Fachschnelle“ wurde nach Wiedergabe der telegraphisch nach Jena berichteten Entschliessung unserer Beiratsitzung gesagt:

„Über das eingelaufene Telegramm entspann sich eine Debatte. Von allen Delegierten wurde der Wortlaut beantragt. Aus diesem ginge hervor, daß der Porzellanarbeiterverband es wirklich nicht eilig mit dem Zusammenschluß in eine größere Organisation habe, ja, es wurde sogar ein hinausgeschoben vermutet. Eine Verzögerung brauche der Wortlaut des Telegramms nicht auslösen, im Gegenteil, man hätte wirklich nichts anderes erwartet. Es gehe nicht an, so lange mit der Verschmelzung zu warten, bis es dem Porzellanarbeiterverband gefällig sei.“

Der „Grundstein“ schloß seinen auch sonst nicht einwandfreien Bericht mit dem Wunsch für die Glasarbeiter:

„Daß ihre Bemühungen zur Schaffung einer Einheitsbewegung der Keramarbeiter nicht durch persönliche Ranküne verzögert oder gar unmöglich gemacht werden.“

Daß dieser Schluß auf unsere Verbandsleitung gemünzt war, war aus dem ganzen Bericht unschwer zu erkennen.

Wir haben uns in der Presse vermieden, Vorstand und Beirat unseres Verbandes haben aber in einer gemeinsamen Sitzung am 28. Dezember 1925 dazu Stellung genommen und in einer dem Bundesvorstand und den interessierten Verbänden übermittelten Entschliessung in nachdrücklicher Form Verwahrung gegen solche Art der Berichterstattung eingelegt, mit dem Bedenken, daß solche durchaus unbegründeten Auffassungen und Publikationen unmöglich zu einer glücklichen Verschmelzung führen können, wenn sie nicht vorher korrigiert werden, weil sonst durch sie die Mitglieder aller beteiligten Verbände zu uns unfreundlichen Auffassungen gelangen müßten.

Auf Veranlassung des Bundesvorstandes fand daraufhin am 5. Januar unter Leitung des Genossen Graßmann eine Sitzung statt, an der Vertreter der Verbände der Fabrikarbeiter, der Porzellanarbeiter, der Glasarbeiter und des Baugewerksbundes, sowie dessen Fachgruppe der Töpfer und der Redaktion des „Grundstein“ teilnahmen. Nach entsprechender Aussprache schlug Genosse Graßmann folgende Entschliessung vor:

„Die von Vertretern der Verbände der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Fabrikarbeiter und des Baugewerksbundes beschickte Besprechung am 15. Januar 1926 befachte sich unter Vorsitz von Vertretern des DGB erneut mit der Frage der Gründung eines Keramarbeiter-Verbandes.“

175 Jahre Berliner Porzellan.

Als im Jahre 1913 das Jubiläum des 150jährigen Bestehens der Preussischen Staatsmanufaktur in feierlicher Weise begangen wurde, handelte es sich um die Feier der damals erfolgten Uebernahme der Manufaktur durch den damaligen König Friedrich II. Der eigentliche Bahnbrecher der Berliner Porzellanfabrikation wurde dabei nur so nebenher gedacht. Der Ursprung der Manufaktur ist aber auf den Wagemut privater Unternehmer zurückzuführen. Es bedeutete damals ein großes Risiko, die wenig gekannte Porzellanfabrikation aufzunehmen. Die ersten Inhaber waren denn auch vom Glück wenig begünstigt und es ist zweifellos das Verdienst Friedrichs des Großen, durch Ankauf des Wertes und weitgehende persönliche Fürsorge demselben zu einem glänzenden Aufstieg verholfen zu haben.

Mit dem Bekanntwerden des im 16. Jahrhundert durch seefahrende Portugiesen nach Europa gebrachten chinesischen Porzellans regte sich auch bei den herrschenden großen und kleinen Fürsten der Wunsch, es den Chinesen gleichzutun. Alles kulturelle Leben empfing in diesen Zeitaltern den Impuls von den Höfen. (Dem Volk wurden allerdings kulturelle und andere Güter nur in bestimmten Dosen zugewiesen.)

Jammerhin erfuhr die Porzellanherzeugung starke Förderung. Ende des 16. Jahrhunderts zeigen sich bereits in Italien und Frankreich Porzellan, Porzellan zu fabricieren. Die Erzeugnisse waren jedoch mindertwertig; die Masse bildete ein glasartiges Gemenge, mit dem sogenannten Frittenporzellan bezeichnet wurde. Die Erzeugung von Fritten, auch Reichporzellan genannt, wurde besonders lange in Frankreich gepflegt. Die 1745 in Vincennes begründete, später nach Sevres übergegangene französische Staatsmanufaktur erzeugte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Weichporzellan. Erst dem Deutschen Böttger sollte es um 1709 gelingen, echtes Porzellan gewissermaßen zum zweiten Male zu erzeugen.

Im Jahre 1710 wurde vom sächsischen Kurfürsten die erste deutsche Porzellanfabrik in der Burg zu Meissen errichtet. Von hier datiert der großartige Aufstieg Meissens, das bereits 20 Jahre später in Kändler den Meister fand, der den Ruf Meissens in der Welt begründen sollte. Störungen traten ein durch Kriege mit „auswärtigen Mächten“ — die Preußen rüdten nämlich 1746 unter Friedrich II. in Meissen ein. Diese Invasionen wiederholten sich in siebenjährigen Krieg. Dabei dürfte wohl das Interesse Friedrichs für die Porzellanherstellung gewendet worden sein. Auch eine Beschlagnahme ihrer Vorräte wirkte die Manufaktur über sich ergehen lassen. Kängstlich war man dabei auf Erhaltung der arcanischen Geheimnisse bedacht. — Lange behaupteten spöttelnde Zungen, daß Friedrich alle seine Kenntnisse in Punkt Porzellan von Meissen expropriert habe — was doch zu weit gegangen sein dürfte und im übrigen nur als „requisit“ bezeichnet werden sollte.

Zur Gründung einer eigenen Fabrik war Friedrich bis dato jedoch nicht gekommen. Der Volksherrschende Böttger war es,

In dieser Sitzung wurde festgestellt:

1. Glas- und Porzellanarbeiter sind nach wie vor bereit, sich zu verschmelzen und unter Einbeziehung der entsprechenden Gruppen des Fabrikarbeiter-Verbandes im Rahmen des letzteren eine selbständige Fachgruppe „Keramarbeiter“ zu bilden.

2. Der Baugewerksbund erklärt sich gegenüber diesen Verschmelzungen als neutral. Nach vollzogener Verschmelzung der obengenannten Verbände ist der Baugewerksbund zu Verschmelzungen bereit, welche die Abtretung von Keramargruppen seiner Organisation an den neuen Keramarbeiter-Verband bezweckt.

3. Glas- und Porzellanarbeiter-Verband sichern sich gegenseitig zu, daß ihre Fachpresse den Gedanken der Verschmelzung nach besten Kräften fördert und alles unterläßt, was ihn hindern oder beeinträchtigen könnte.

4. Für die im „Grundstein“ erschienenen Artikel über die Verschmelzung tragen die Glasarbeiter weber eine Verantwortung, noch stehen sie mit ihnen irgendwie in Beziehung.

5. Die in der Presse gegen den Porzellanarbeiter-Verband erhobenen Vorwürfe, er verschleppe die Verschmelzung, insbesondere aus persönlicher Ranküne, sind nach jeder Richtung hin unbegründet. Es ist aus den bisherigen Verhandlungen vielmehr erwiesen, daß alle Beteiligten ernstlich bestrebt sind, die Verhandlungen so zu fördern, daß die Verschmelzung in möglichst kurzer Zeit erfolgt, wie sie auch entschlossen sind, in der neuen Vereinigung in Gemeinschaft mit dem Fabrikarbeiter-Verband alles zu tun, um die Interessen der ihnen anvertrauten Arbeitergruppen in wirksamster Weise wahrzunehmen.“

Die Entschliessung wurde angenommen mit der Maßgabe, daß sie Gültigkeit erlange, wenn keine der beteiligten Organisationen in einer bis zum 28. Januar gestellten Frist nachträglich Einspruch erhebe. Es ist von keiner Seite Einspruch erhoben und der Bundesvorstand hat die Entschliessung, von ihm unterzeichnet, bereits in Nr. 6 der „Gewerkschaftszeitung“ vom 6. Februar veröffentlicht.

Durch die gemeinsame Entschliessung bzw. die in ihr liegenden protokollarischen Feststellungen ist ein störender Zwischenfall in sachlicher und für uns jedenfalls genügender Weise erledigt worden und damit hoffentlich auch jeder eventuell erzeugte Zweifel an unserem Ernst und unserer Sachlichkeit. Die weiteren Verhandlungen mit den Fabrikarbeitern und Glasarbeitern sind im Fluß und wir glauben hoffen zu dürfen, daß wir nach wenigen Wochen eine gemeinsame Vorlage unseren Mitgliedern zur Diskussion stellen können.

Georg Wollmann.

Die Unternehmerforderungen zum Reichsmanteltarifvertrag.

Ein Teil der Unternehmerforderungen zu den Verhandlungen in Leipzig ist ja schon etwas behandelt worden. Was die Unternehmer verlangt haben, ist jedoch so aufzuzählen, so wirtschaftlichstehend, daß die Kollegschaft alle Ursache hat, sich damit eingehend zu beschäftigen, b. h. alle Beiseitestehenden, Gleichgültigen und Säumigen mit der Nase darauf zu stoßen und ihnen zu sagen, was sie zu erwarten haben, wenn die Unternehmer infolge der Würsichtigkeit der gewerkschaftlichen Sieben-schläfer noch mehr an Boden gewinnen.

Anschließend folgen die Forderungen unseres tariflichen Partners aus dem Arbeitgeberlager. Ein Vergleich mit den Bestimmungen des alten Reichsmanteltarifvertrages läßt erkennen, daß sie mehr als herausfordernd sind; leider lassen sich wegen Platzmangel die bisher geltenden Paragraphen nicht daneben stellen. Die Uebersicht wird aber durch die Hervorhebung des geänderten Wortlauts gegeben. Es wurde gefordert:

I. Geltungsbereich.

§ 1. Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten im Gebiet des Deutschen Reiches für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Arbeitsverhältnis zu einem Betrieb der Porzellan-, Steingut-, Glas-, und Steinzeug-, Porzellan-, sowie sonstigen feinerkeramischen Betrieben stehen. Nicht unter den Vertrag fallen Lehrlinge und die nach dem Reichsgesetz über die Angelegenheiten der Versicherung versicherten Personen (siehe protokollarische Feststellungen).

II. Tarifklassen.

§ 2 Abs. 1. Anträge werden vorbehalten. Die tarifliche Festsetzung der Löhne für diese Klassen erfolgt nach der Regel:

Groß-Berlin: 100 plus 5.
Klasse A: 100.
Klasse B: 100 minus 10.
Klasse C: 100 minus 15.

der im Jahre 1750 die Initiative ergriff und bald brauchbares, echtes Porzellan erzeugte. Die Rezepte hatte man von Arbeitern der höchsten Manufaktur erhalten. Dieses seit 1740 bestehende Werk stand unter Leitung eines gewissen Singer, der seinerseits wiederum seine Kenntnisse aus der 1720 mit Hilfe eines Wienerer Angestellten errichteten Wiener Manufaktur mitgebracht hatte. Trotz des verhältnismäßig günstigen Ergebnisses ließ Wegely 1757 die Manufaktur eingehen und betrieb nun die Leztfabrikation. Ein bei ihm tätiger Bildhauer hatte versucht, die Porzellanherstellung fortzuführen — ohne rechten Erfolg — bis im Jahre 1761 der Kaufmann Gohlowski aus eigenen Mitteln eine neue Fabrik errichtete und den Bildhauer bzw. dessen Einrichtungen mit übernahm. Gohlowski sicherte sich weiter den Meißener Modellier Elias Meyer, dessen Wirken für die Manufaktur von größter Bedeutung werden sollte und dem bald noch andere Meißener Porzellanher nachfolgten. Nach einer anderen Lesart sollen diese Künstler zwangsweise vom Alten Fritz nach dem Strande der Spree verjagt worden sein — eine Version, die nicht sehr glaubwürdig erscheint. — Die geschäftliche Leitung hatte bereits damals der Rat Orientinger, der sie (auch unter Friedrich) 35 Jahre behalten sollte. Die Schwierigkeiten technischer und kommerzieller Art schienen unüberwindlich, Subventionen waren nicht zu bekommen und so richtete 1763 Gohlowski an den König die Bitte, das Werk käuflich zu übernehmen. Der siebenjährige Krieg war eben beendet. Friedrich griff zu und brachte die Manufaktur zum hohen Kaufpreis von 225 000 Talern in seinen Besitz. Mit übernommen wurden alle Einrichtungen, Rezepte, Modelle und das 146 Köpfe zählende Personal.

In der Folgezeit förderte Friedrich die Manufaktur außerordentlich. Er führte die Oberaufsicht, war sein eigener Kellner und zugleich sein bester Kunde. Auswärtige Vorkaufe wurden mit Porzellan beschenkt, um sie zu interessieren; manche dieser Geschenke erlangten Weltberühmtheit, da sie oft besonders angefertigt wurden. Kurz — alles wurde für das Werk interessiert. Wählerisch war Friedrich in der Wahl seiner Mittel aber durchaus nicht. So waren die preussischen Juden gezwungen, bei bestimmten Anlässen Porzellan im Werte von 300 Talern zum Weiterverkauf zu entnehmen. Ein armer Zerkel, der das hohe Amt eines Totengräbers der sächsischen Gemeinde in Freyenwalde erhielt, brauchte „nur“ für 28 Taler zu kaufen. Angezogen solcher Mühseligkeit nahm das Werk einen raschen Aufschwung. Acht Jahre später zählte man bereits 400 Beschäftigte. Zehn Oefen waren vorhanden. Die Geschmacksrichtung der damaligen Zeit war die des Rokoko, das für die Bedingungen des Materials besonders geeignet war. Heute noch stellt die Manufaktur figürliche Arbeiten und die bekannten Tafelservice aus jener Zeit her.

Nach dem Tode Friedrichs (1786) trat eine Aenderung in der Leitung ein. Diese wurde von jetzt an durch eine Kommission wahrgenommen. Um die Jahrhundertwende ändert sich auch der Geschmack. Aus der nun beginnenden Klassikischen

III. Einstellung und Entlassung.

§ 3 streichen.

§ 4 streichen.

§ 5 unverändert.

§ 6 unverändert.

7. Die Arbeitspausen sowie die Zeit für An- und Weiden sind in der Arbeitszeit nicht eingeschlossen.

Für die Dauer der Beheizung der Brenn- und Schmelzöfen werden jedoch den Brennern und Schmelzern die Schmelzpausen als Arbeitszeit berechnet. Ebenso wird Maschinen- und Heizern die Zeit, während der sie die Schmelzanlage zu beobachten haben, als Arbeitszeit vollerechnet.

§ 8 unverändert.

§ 9 Abs. 1 unverändert.

Abf. 2. Zu diesen gehören a. B. die Arbeiten zur Wahrung der Betriebsanlagen, die Arbeiten zur Reinigung Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des Betriebes bedingt ist, Arbeiten, von denen die Wiederanahme der Aufrechterhaltung des Betriebes arbeitsdienlich abhängt, Arbeiten zum We- und Entladen, sowie zum Verschleppen Eisenbahnwaggons, Anheizen und Feuerbedienen der Talessel- und Heizungsanlagen, Vorbereiten der Antriebsmaschinen, Ausbesserungsarbeiten an Maschinen und dergleichen, sowie Beaufsichtigung der vorkommend angeführten Arbeiten.

§ 10. Abweichend von den in den Arbeitsordnungen enthaltenen Bestimmungen betr. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist seitens des Arbeitgebers diejenige Zeit zu bezahlen, in der ein Arbeitnehmer (§ 1) ohne eigenes Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert ist. Als Hinderungsgründe gilt ausschließlich:

a) Schriftliche Vorladung einer Behörde. Die Vorladung dem zuständigen Vorgesetzten vorzuzeigen. Bei Vorladung als Angeklagter oder Beschuldigter sowie Wahrnehmung privatwirtschaftlicher Interessen (z. B. Ernte, Hausverkauf) und bei Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit wird die Arbeitsverhinderung nicht gültig.

b) unverändert.

c) Erstmaliges Auffuchen des Arztes infolge eines Verunfalls oder infolge einer vom Arzt bestätigten schweren Erkrankung, sofern der Besuch nicht nachweislich außerhalb der Arbeitszeit vorgenommen werden konnte.

d) unverändert.

Der in solchen Fällen an der Arbeitsleistung Verhinderte hat den Grund der Verhinderung dem zuständigen Vorgesetzten möglichst vorher glaubhaft nachzuweisen. Er erhält für die während der Verhinderung, höchstens bis zum Ende der drei Stunden, seinen Stundenlohn und im Falle seiner Beschäftigung als Stücklohnarbeiter den von ihm in den letzten vier Arbeitswochen erzielten Durchschnittslohn bezahlt.

Letzter Absatz unverändert.

§ 11. Bezahlt wird nur die tatsächlich geleistete Arbeit. Auf drohende Störungen in der Weiterarbeit sowie Eintritt der Störung ist die Betriebsleitung durch den Arbeitnehmer rechtzeitig aufmerksam zu machen. Der Arbeitnehmer ist bei Verhinderung an seiner üblichen Arbeit durch Störung verpflichtet, andere ihm überwiesene Arbeit zu übernehmen.

V. Ueberzeit- und Sonntagsarbeit.

§ 12 unverändert.

§ 13. Sonntagsarbeiten im Betriebe, d. h. solche Arbeiten von denen unverzüglichen Leistung der ungehinderte Fortgang des Betriebes abhängig ist, sind auf Weisung des Arbeitgebers ohne weiteres zu leisten.

§ 14. Als Sonntagsarbeit gilt jede Arbeit an Sonntag und gesetzlichen Feiertagen. Maßgebend ist die Zeit vom Sonntag, 6 Uhr früh, bis Sonntag, 12 Uhr nachts. Das gleiche entsprechend für die gesetzlichen Feiertage. Folgen mehrere Feiertage aufeinander, so gilt als Sonntagsarbeit die Zeit vom ersten Feiertag, 6 Uhr früh, bis zum letzten Feiertag, 12 Uhr nachts.

§ 15. Für Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 25 % gezahlt.

Für Sonntagsarbeit, die infolge der Natur der Beschäftigung notwendig ist, wird ein besonderer Zuschlag nicht gezahlt (s. B. Portier, Wächter, Seizer, Brenner usw.).

VI. Arbeitslohn.

§ 16 Abs. 1 unverändert.

Abf. 2. Die Arbeiter folgender Beschäftigungsarten:

Epochen ragt der Bildhauer Schadow als Mitarbeiter hervor. In diese Zeit fällt auch die Konstruierung stehender Oefen, gegenüber dem System der liegenden Oefen einen bedeutenden Fortschritt bedeutete. Großes Aufsehen erregte damals auch die Einführung einer Dampfmaschine. — Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1798 eine Kranken- und Versorgungskasse mit einem im Jahre 1798 einen Statut geschaffen wurde, welche heute als älteste Einrichtung dieser Art angesehen werden kann.

Der Krieg, der einen großen Teil Preussens zu Beginn des 19. Jahrhunderts überzog, hatte die Befestigung Berlins durch die Franzosen zur Folge. Diese machten 1807 auch der Manufaktur in Weitz, beschlagnahmten Waren und ließen die Kassenbestände mitgehen. Der Geschäftsgang blieb jedoch bis zum Frieden im Jahre 1815 schlecht. Dann folgte eine kurze Zeit der Blüte. Die Jahre 1818 erfolgte Freigabe der Einfuhr von Porzellan brachte aber schnell einen neuen Rückschlag. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts währte die schwere Krise, wohl auch hervorgerufen durch mittlerweile im Inland entstandene Fabriken. — Eigenartig kann vermerkt werden, daß die Manufaktur dazu auch eine eigene Gerichtsbarkeit innerhalb des Personalrats übten konnte. Missetäter wurden in einen vorhandenen Zuchthaus verurteilt. Andererseits wurden besonders tüchtige Arbeiter ausgezeichnet, z. B. durch das Recht des Delegierens.

In der Folge wechselten des öfteren die Leitungen. Der Königin brachte keiner mehr das weitgehende Interesse Friedrichs für das Werk auf. Etwa bis zum Jahre 1870 stand die Manufaktur dort, wo heute das Gebäude des preussischen Staatsrats sich befindet, dann bezog sie ihren heutigen Standort. Künstlerisch bedeutet diese Zeit Stagnation, nachdem die Webermeisterstil abgeklungen war. In diese Zeit fallen auch die Jahre, das Porzellan in den unwürdigsten Nachahmungen verzerren. Eine 1878 vom Abgeordnetenhaus eingeleitete Kommission, in der sich Träger berühmter Namen befanden, untersuchte die Zustände und verfuhrte reformierend zu wirken. In naturalistische Malerei gelangte nun zu großer Bedeutung und brachte, da sie dem damaligen Geschmack entsprach, große Erfolge. Dieser Epoche folgten die Einführung der Unterlagsmalerei, die stilisierte Malerei und neuer figürlicher Erzeugnisse. Dazwischen blieben aber immer die guten friedericianischen Muster der ruhende Bol in der Neuerschreibungen. Auch das Personal war oft Teilnehmer dieser Veränderungen häufig hatte es schwer unter Verminberung u. a. zu leiden. In allen Schwanlungen zum Trost trägt die Arbeit des Werkes immer neue Früchte, an denen das Personal seinen wohlverdienten Anteil hat. Ein Stück keramischer Geschichte steht so ein Werk. Seine Leistungen haben sich dem Volk ein Maßstab besonderer Qualität ins Bewußtsein geprägt. In so mühte man von der Berliner Manufaktur zu ihrem 175jährigen Bestehen sagen können, daß sie die Stürme der Zeit überdauern konnte — ohne den Beteiligten schmerzhaftes Wissen zu schlagen.

A. Steingutgehirr- und Spilwarenindustrie.

- 1. Mobelleure usw. haben Anspruch auf Sacharbeiterentlohnung...
17 streichen.
18 unverändert.
19 unverändert.
20 unverändert.
21 unverändert.
22 unverändert.
a) unverändert.
b) Sonstige Arbeiter:
16-18 Jahre
18-20
20-24
über 24
c) unverändert.
d) Sonstige Arbeiterinnen:
16-18 Jahre
18-20
über 20

Abf. 2. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 3. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 4. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 5. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 6 Satz 2 streichen.
Abf. 7 unverändert.
Abf. 8. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 9. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 10. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 11. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 12. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 13. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 14. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 15. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 16. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 17. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 18. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 19. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 20. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 21. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 22. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 23. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 24. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 25. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 26. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 27. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 28. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 29. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 30. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 31. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 32. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 33. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 34. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 35. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 36. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 37. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 38. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 39. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 40. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 41. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 42. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...

VII. Lohnzahlung.

Abf. 33. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 34. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 35. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 36. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 37. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 38. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 39. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 40. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 41. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 42. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...

VIII. Urlaub.

Abf. 37. Den Arbeitern wird nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit ein Urlaub von zwei Tagen und nach je drei weiteren Jahren ein weiterer Urlaubstag gewährt...
Abf. 38. Der Urlaub muß in dem Kalenderjahre, in dem Anspruch erworben wird, gewährt werden...
Abf. 39. Als Urlaubsentschädigung erhält jeder Beurlaubte...
Abf. 40. Als Urlaubsentschädigung erhält jeder Beurlaubte...
Abf. 41. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
Abf. 42. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...

§ 42 Abs. 1 unverändert.

Abf. 2 unverändert.
Abf. 3. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen...
IX. Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.
43 unverändert.
44 unverändert.
45 unverändert.
46 unverändert.
47. Die Vertretung der Parteien vor den genannten Schlichtungsorganen liegt den beteiligten Organisationen ob...
48 unverändert.
49 unverändert.

X. Heimarbeit.

50 unverändert.
51 unverändert.
52 unverändert.
53 unverändert.

XI. Allgemeines.

54 unverändert.
55 unverändert.

XII. Vertragsbauer.

§ 56. Dieser Vertrag tritt am 1. Februar 1926 in Kraft. Er gilt erstmalig bis 31. Dezember 1926 usw.

Protokollarische Feststellungen.

I. Zu § 1 unverändert.
II. Zu § 2 streichen.
III. Zu § 13 streichen.
IV. Zu § 40 unverändert.
V. Zu § 44 unverändert.
VI. Zu § 58 streichen.
Der die Unternehmerwünsche durchgelesen hat, wird finden, daß aber auch jedes bishere Arbeiterrecht aus dem Tarif beibehalten werden sollte...

Der Bundesausschuß des DGB für das Volksbegehren.

Auf seiner zweiten Tagung, die unter dem Vorsitz von Graßmann stattfand, beschäftigte sich der Ausschuß des DGB in eingehender Beratung mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten...
Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzeswerkes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten...

Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzeswerkes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten...
Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzeswerkes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten...

Die Debatte wandte sich dann der Erörterung der Wirtschaftslage zu. Für die Gewerkschaften liegen hier eine Reihe brennender Fragen, in deren Vordergrund die Währungsfrage der Arbeitslosigkeit, d. h. die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, steht...
Unlänglich dieser Besprechungen ist in der 'Frankfurter Zeitung' und daraufhin in einem Teil der Presse die Behauptung aufgestellt worden, es handle sich hierbei um die Wiederheraufbringung der Arbeitsgemeinschaft. Diese Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage...

Wirtschaftliches.

Deutschland — die wirtschaftliche Gefahr Europas! Mit diesen Worten schließt der bekannte englische Nationalökonom Prof. Raymond Keynes seinen jüngst veröffentlichten Aufsatz über das zweite Damesjahr. Keynes sieht in der gegenwärtigen großen Wirtschaftskrise Deutschlands die Folge der Deflation, welche durch die Krediteinstellung hervorgerufen worden ist...
Mag Professor Keynes' Darstellung in bezug auf die Enttendung...

und Fortbauer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auch nicht ganz zutreffen, so sind seine Ausführungen in bezug auf die Reparationsfrage sehr beachtenswert. Keynes teilt den optimistischen Ton des ersten Jahresberichts des Reparationsagenten nicht. Die Zahlung der Reparationen hat eigentlich noch nicht einmal begonnen...
Die Unternehmern können jedoch die Risiken für die Kredite nur tragen, wenn die Preise ansteigen. Bei sinkenden Preisen können sie die Anleihen nicht verzinsen. Andererseits ist für Keynes die Reparationsfrage — ein Lohnproblem für den deutschen Arbeiter. Wenn Reparationen gezahlt werden sollen, kann der deutsche Arbeiter nicht die Vorkriegs-Reallöhne erhalten...

Soziales.

Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialversicherung im Jahre 1925. Das Jahr 1925 hat in verschiedenen Ländern eine Reihe von Gesetzen und Gesetzesvorläufen über die Sozialversicherung gebracht, welche in der 'Zeitschrift für Versicherungs-wissenschaft' zusammengestellt sind...
In Belgien tritt ab 1926 die schon zwei Jahre früher gesetzlich beschlossene obligatorische Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter in Kraft...
In der Schweiz wurde dem Bund das Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiet der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung übertragen, von denen die ersten beiden gleichzeitig in Angriff genommen werden sollen...

Gewerkschaftliches.

Baugewerksbund. Der Deutsche Baugewerksbund hat zum 15. März einen außerordentlichen Bundesstag nach Berlin einberufen, in dem u. a. über die Neugestaltung der Erwerbslosenunterstützung innerhalb des Bundes und über Neuregelung der ordentlichen Mitgliederbeiträge zur Bundeshauptkasse entschieden werden soll...
Gewerkschaftliche Balkankonferenz. Der am 9. April in Sofia (Bulgarien) anberaumten gewerkschaftlichen Balkankonferenz wird am 5. und 6. April eine Aussprache mit den jugoslawischen Gewerkschaften in Belgrad vorangehen...
Der Einheit entgegen! Den vom Sekretär Dubegeest im Namen des DGB geführten erfolgreichen Verhandlungen zur Herbeiführung der Einheit der deutschen und tschechischen Landeszentrale der Tschechoslowakei folgten in letzter Zeit auch Verhandlungen in einzelnen Berufen...
Am 5. Februar behandelte nun der Vollzugsausschuß des Internationalen Metallarbeiterverbandes unter dem Vorsitz von Sekretär Hg ebenfalls die Zusammenschlußfrage, resp. die Frage der geplanten Verschmelzung des deutschen und tschechischen Metallarbeiterverbandes...

Von der Keramikindustrie.

Eigene Verkaufsstelle. Die Kahla A.-G. eröffnete am 1. Januar 1926 in New-York eine eigene Verkaufsabteilung für ihre Fabriken, und zwar unter der Bezeichnung 'Kahla China of the U.S.A.' Dort sind vertreten: Die Porzellanfabrik Kahla, die Hwidauer Porzellanfabrik, die Porzellan-

Fabrik Freiberg, Porzellanfabrik C. & A. Müller, Schönwald, Porzellanfabrik R. Schomburg & Söhne, Hohlau.

Niederlande. Von der keramischen Industrie der Niederlande im 8. Vierteljahr 1925 berichtet die „Keramos“: Wenngleich die allgemeine Lage der großen Steingutindustrie im Süden des Landes nach dem Bericht des staatlichen Zentralbüros in Oranienburg auch weiter recht unbefriedigend geblieben ist, so ist doch in mancher Beziehung eine geringe Besserung zu verzeichnen. In einem Werte wurde Personal angenommen, weil man durch Erhöhung der Produktion versuchen will, eine bessere Rentabilität zu ermöglichen, und in anderen Betrieben konnte das Personal etwas vermehrt werden, weil der im vorigen Vierteljahr eingetretene leichte Aufschwung auch weiterhin angehalten hat. Im allgemeinen ist aber der Stand des früheren Personals noch lange nicht wieder erreicht, und kaum in einem Werke wird die ganze Woche gearbeitet. Ende September waren insgesamt 3825 Personen beschäftigt, das sind zwar 265 mehr als Ende Juni und 125 mehr als vor einem Jahr, aber immer noch 1400 bis 1500 Köpfe weniger als früher bei starkem Betrieb. Nach den Angaben einiger Werke besteht ein gewisser Mangel an gelerntem Personal, während es nicht mehr wie im vorigen Quartal an jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften fehlt. In den Fabriken für feines Steingut blieb der Absatz vielfach noch hinter der Produktionsmöglichkeit zurück, in den Werken anderer Art aber von keiner merklichen Geschäftslage gesprochen. In den Werken zur Herstellung groben Steinguts war zeitweilig ein gewisses Aufleben, besonders in der Fabrikation von Blumentöpfen, bemerkbar, aber durch die belgische Konkurrenz verursacht ist in einigen Betrieben schon wieder Ueberproduktion vorhanden, und die Verkaufspreise sind nicht lohnend. Da für dieses Fach die Lust der Leute immer mehr schwindet, sind gelernte Arbeiter kaum noch zu bekommen. Aus der Tabakporzellanindustrie lauten die Berichte dauernd ungünstig wegen unzulänglichen Exports und starker ausländischer Konkurrenz.

Weiterer Rückgang der Ausfuhr nach Spanien. Bekanntlich hatte sich die deutsche Ausfuhr nach Spanien in außerordentlich Weise gehoben, nachdem ein Handelsvertrag zustande gekommen war. Auf Drängen der rheinischen Winger wurde der Vertrag leider gekündigt und lief am 16. Oktober 1925 ab. Die Folgen für den deutschen Export kann man als katastrophal bezeichnen. Die Novembereinfuhr nach Spanien sank weit unter den Monatsdurchschnitt des letzten Vierteljahres. Wie sich die Regierungsmassnahme allein für die keramische Industrie ausgewirkt hat, zeigen uns die folgenden Ziffern. Die Ausfuhr im Monatsdurchschnitt des 3. Vierteljahres 1925 betrug: Porzellanfabrikation 376, im November 1925 nur noch 65 Doppelzentner, Porzellangeschirr 992, im November 318 Doppelzentner und Augustporzellan 56, im November 22 Doppelzentner.

Porzellanfabrik Langenthal A.-G. in Langenthal (Schweiz). Dieses Unternehmen erzielte im Jahre 1925 einen Bruttoertrag von 702 224 Frank. Die Betriebskosten verminderten sich um rund 24 000 Frank. Aus dem verbliebenen Reingewinn von 126 792 Frank wurden 6 Proz. Dividende ausgeschüttet. Der Geschäftsbericht enthält Klagen über die drückende ausländische Konkurrenz. In Hotelporzellan und in Hochspannungsisolatoren war das Geschäft dem Umfang nach befriedigend. Weiter wird über die hohen Frachtkosten und den ungenügenden Zollschutz geklagt.

Die tschechoslowakische Kaolinzufuhr. Das alte Deutschland führte im Jahre 1913 monatlich 1450 Waggons (à 1000 Kilogramm) Kaolin aus dem Gebiet der jetzigen Tschechoslowakei ein. Im ersten Vierteljahr 1925 waren es für das verfeinerte neue Deutschland 1525 Waggons, im zweiten Vierteljahr 1632 Waggons und im dritten Vierteljahr 1437 Waggons monatlich. Im Oktober betrug die Monatsziffer 1417 und im November 1801 Waggons. Die Zufuhr nach Deutschland ist auf die Zunahme der Produktion in der deutschen Porzellanindustrie, noch mehr auf die in der Papierindustrie zurückzuführen. — Aus diesen Angaben, die Dr. Karl Uhlig, Karlsbad, im „Prager Tageblatt“ macht, ist zu entnehmen, daß die deutsche Porzellanindustrie im Monat November beim Beginn der Kurzarbeit und der vorausgehenden Betriebsbeeinträchtigungen mehr Rohstoffe (Kaolin) hereinnahm, wie in den Monaten mit Vollbeschäftigung.

Aus unserem Vernf.

Hirshan. Die Lage in den beiden Betrieben der Firma C. & E. Carstens verschlechtert sich von Tag zu Tag. Werk II arbeitet seit August vorigen Jahres verfürzt. Im Dezember wurden annähernd 100 Mann gekündigt und entlassen, um den Rest voll beschäftigen zu können. Aber alle Hoffnungen waren vergebens. Am Montag, den 1. Februar 1926, wurde bekanntgegeben, daß nunmehr 24 Stunden in der Woche gearbeitet wird wegen schlechten Geschäftsgang. Kündigungen wurden auch bereits wieder vorgenommen. Werk I wurde am 16. Januar überrascht durch Anschlag am schwarzen Brett, daß ab 30. Jan., wenn sich die Geschäftslage bis dahin nicht bessert, nur mehr 24 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Eine Besserung trat nicht ein, und so ist die Belegschaft zur Kurzarbeit verurteilt. Bei der heutigen wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter ist der Lohn zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Nun fängt die Betriebsleitung zu kündigen an, um das Heer der Arbeitslosen noch mehr zu vergrößern. Sollten sich die Verhältnisse nach der Wesse nicht bessern, was wird dann? Kollegen, Arbeiter! Macht auf, kommt doch endlich zu der Einsicht, daß uns nur eine gut ausgebaute und straffe Organisation zu unserem Recht und Ziel verhelfen kann.

Langenberg. Auch wir müssen einmal einige Zeilen in der „Ameise“ an die Adresse unserer Kolleginnen und Kollegen richten. Der Zustand, welcher in unserem Betrieb eingetreten ist, verdient öffentlich getrigt zu werden. Unsere Belegschaft muß sich im Klaren sein, daß es so nicht weiter geben kann, wenn wir uns nicht noch mehr schaden wollen. Der Versammlungszweck in der letzten Zeit war außerordentlich mangelhaft gewesen. Es liegt nicht nur allein daran, daß es wohl etwas unüblich ist, uns Versammlungsorte zu geben, sondern die Interessiertheit eines Teils unserer Mitglieder trägt an diesem ungeliebten Zustand die Hauptschuld. Diese Mitglieder müssen sich einmal ernstlich fragen, ob denn die Zustände und Lohnverhältnisse besser werden, wenn sich überhaupt kein Mensch etwas um diese Dinge kümmert. Soll das so weitergehen, daß in den Pausen gearbeitet wird? Schon die Gewerbeordnung, die die ganze Reihe von Jahren besteht, sieht vor, daß in den Pausen nicht gearbeitet werden darf. Die Kollegenschaft muß sich angewöhnen, die Pausen zu beachten, und die Maschinen zu unterbleiben. Auch wenn Arbeitsschlag ist, darf kein Kollege und keine Kollegin länger im Betriebe bleiben. Mit dieser Vorgehensweise, auch wenn sie unter der Marke der Freiwilligkeit ausgeführt wird, muß unter allen Umständen gebrochen werden! Mitarbeiter, merkt ihr nicht, daß ihr euch damit selber schadet? Wagt ihr nicht, daß dadurch die Leistungszahlen in die Höhe gedrückt und eure Stückpreise reduziert werden? Die Unternehmensleitung braucht gar keinen formellen Lohnabzug zu machen; ihr seid es, welche sich selber den Lohnabzug machen; denn wir können zu keinen geringen Preisen kommen, wenn ihr über die Zeit hinaus wählt und glaubt, damit mehr zu verdienen. Seht euch die Stückpreise an! Sind wir nicht noch weit, sehr weit unter den Friedensstückpreisen? Wir erreichen diese ehemaligen Preise nur, wenn alle diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche in den Pausen und nach Arbeitsschlag arbeiten, zur Vernunft zurückkehren! Und dann noch eins: Habt nicht, wenn ihr auf den Verband schimpft, daß es dann besser wird. Damit macht ihr nur der Firma eine

Freude, denn je mehr ihr euch untereinander ankt, desto mehr Profit hat die Firma, nicht ihr! Gerade wir haben es alle zusammen sehr nötig, mehr zusammen zu halten, und das sollten wir endlich einmal einsehen. Wer dem Verband und seinen funktionären Schwierigkeiten macht, schadet sich am meisten. Wenn ein Arbeiter oder eine Arbeiterin glaubt, eine Beschwerde zu haben, dann wende man sich an den Arbeiterrat. Dazu ist der Arbeiterrat nach dem Gesetz vorhanden, und dieser wird zweifellos Beschwerden weiter verfolgen. Indem wir euch alle bitten, diese wohlgemeinten Worte zu beherzigen, fordern wir euch gleichzeitig auf, die Versammlungen besser zu besuchen, treu und fest zum Verband zu stehen und untereinander echte Kollegialität zu fördern.

Margarethenhütte. Das Dreherpersonal unter dem Oberdreher Lepihre muß schon wieder über dessen Auftreten Klagen führen. Der Oberdreher scheint sich nicht im Klaren zu sein, daß er den Arbeitswillen der Dreher mit seinen Verwehungen nicht heben kann. Wenn er äußert: „Wir haben überhaupt keinen Dreher mehr hier, der genau arbeiten kann“, so trägt das doch nicht zum Ruhm der Firma, aber auch nicht zu dem des Oberdrehers bei; denn der Oberdreher müßte doch die geschickten Dreher dem Werk erhalten, sonst steht er seinem Volken nicht richtig bevor, er müßte sich auch sonst bemühen, mit seinem Personal gut auszukommen. Die Firma Schomburg & Söhne würde gut tun, die bestehenden Mißverhältnisse in der Dreherei zu regeln. Anscheinend liegt auch ein Teil Schuld mit am Dreherpersonal; denn bei gutem Zusammenhalt kann ein geschultes Personal seinen Oberdreher schon in die Schranken weisen und ihm anständige Umgangsformen beibringen.

Versammlungsberichte.

Coburg. In der am 8. Februar, abends 6 Uhr, im hiesigen Volkshaus abgehaltenen Porzellanarbeiterversammlung berichtete der Kollege Emil Hoffmann, Gauleiter, Flumenau, über die letzten Tarifverhandlungen, welche in der Zeit vom 26. Januar bis 2. Februar in Leipzig stattfanden. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die Unternehmer auch diesmal wieder ihren brutalen Herrschaftspunkt vertraten. Das geht hauptsächlich aus den Forderungen hervor, welche sie unserer Verhandlungskommission unterbreiteten. Aber auch die drei gefällten Schiedssprüche lassen erkennen, daß die Schlichtungsstellen zu sehr auf die Seite der Unternehmer neigen. Am schärfsten wurde es von den Anwesenden verurteilt, daß der Urlaub wiederum wie im vorigen Jahre um einen, bzw. um zwei Tage gekürzt worden ist. Daraus geht ganz deutlich hervor, wie man von Seiten der Unternehmer und der eingesetzten Schlichtungsstelle über die alten, in den Betrieben jahrzehntelang ausgeübten Arbeiter denkt. Diesen alten Veteranen der Arbeit streicht man glatt zwei Tage von ihrem bisherigen Urlaub. Hier heißt es auch: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Aber auch keine Pfennig Lohn-erhöhung trotz dem Verlangen jeder Preisabbauaktion. Im Gegenteil, es ist zugunsten der schlechten Betriebe die Möglichkeit gegeben, bei den weiblichen Belegschaftsmitgliedern eine zehnprozentige Lohnreduzierung vorzunehmen. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Versammlung und wurde betont, daß es nicht nur Aufgabe unsererseits sein darf, das Erzeugnis mit Röhren und Klauen festzuhalten, sondern unser Tarifwesen im Interesse der Porzellanarbeiter weiter und weiter auszubauen. Um dies aber zu erreichen, ist es notwendig, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin die Notwendigkeit der Organisationszugehörigkeit erkennt. Deshalb auch der letzte Mann hinein in den Porzellanarbeiterverband!

Freiberg. Die Zahlstellenversammlung besaßte sich mit der Abhaltung eines Vergnügens, das bereits am 6. Februar abgehalten wurde, mit Anträgen zu den Mantelvertragsverhandlungen, mit der Vermählung, den Betriebsratswahlen, die nach den Richtlinien des Freiburger Gewerkschaftsartikels abgehalten werden. Bei der Behandlung dieser Frage wurde noch bekannt gegeben, daß die Sprechstunde des Betriebsrats Mittwoch von 4 bis 5 Uhr im Betriebsratszimmer festgelegt ist. Wünsche und Beschwerden sind dort vorzubringen, im übrigen soll der Betriebsrat nur in bringenden Fällen nach Rücksprache mit dem Abteilungsbetriebsrat aufgesucht werden. Weiter wurden vom Vorsitzenden die jetzige Wirtschaftslage, Betriebsfragen und die sozialen Bewegungen behandelt. Der Vergnügungsausschuss gab sein Jahresprogramm bekannt, und ferner wurde zum Volksentscheid und zur Fürtenabfindung Stellung genommen. Mit der Mahnung, die Verwaltung, die Preiskommissionen, den Betriebsrat zu unterstützen, und nicht der Verbandszentrale Schuld am schlechten wirtschaftlichen Leben beizumessen, wurde die Versammlung geschlossen.

Röppelsdorf. Nach langer Zeit fand endlich einmal wieder für die Porzellanbetriebe Röppelsdorf-Süntenstein am 8. Febr. 1926 eine Versammlung der organisierten Arbeiterschaft statt. Anwesend war von der Gauleitung Kollege Erdmann. Der Besuch der Versammlung war circa 150 Mitglieder. Weibliche und Jugendliche fehlten leider vollständig. Die Tagesordnung war: Sozialangelegenheiten; Bericht von den Tarif- und Lohnverhandlungen und Betriebliches. Der erste Punkt wurde nach einer Erklärung der Gauleitung vorläufig als erledigt betrachtet. Zum zweiten Punkt erstattete nun Kollege Erdmann ausführlichen Bericht. Das Angebot der Arbeitgeber zerlegte er vortrefflich in all seinen Einzelheiten. Die schandhaften Verschlechterungen in den Lohn- und Urlaubsbedingungen veranlaßten des öfteren aus der Versammlung empörende Zwischenrufe. Dem Bericht folgte eine längere Diskussion. Zum Betrieblichen wurden wieder ganz besonders die Mißstände bei der Firma Schönau vorgebracht. Es zeigte sich, daß dieser Betrieb einer dem Angebot der Arbeitgeber entsprechender ist. Nur die wirtschaftliche Not und Furcht, auch zu dem großen Heer der Erwerbslosen geschmissen zu werden, läßt die dortige Arbeiterschaft zurück. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt entrüstet Kenntnis von dem unerhörten Angebot der Arbeitgeber und den Verschlechterungen des Tarifs durch den Schiedsspruch. Die gesamte Arbeiterschaft hat mindestens erwartet, daß, nachdem die Herren Arbeitgeber

Beneidung zur Bewilligung der Fürstengehälter haben und Bewilligung nur wieder aus den Knochen der Arbeiter herausgewirtschaftet werden muß, man auch für die in die Versammlung gelobt, Schulter an Schulter zu kämpfen zusammenzuschließen, um den Plan der rückwärtslosen Talistenklasse auszuhanden zu machen.“

Literarisches.

Wie fördert man die Bildungsarbeit? Schon lange hat in Parteikreisen das Bedürfnis, ein Organ zu besitzen, in dem nicht nur die in der Bildungsarbeit tätigen Genossen und Genossinnen, sondern alle, die an ihrer Selbstbildung arbeitsanregungen und Anweisungen finden können. Nicht mehr stark ist das Bedürfnis, bei allen in Partei, Gewerkschafts-Genossenschaften, Kulturorganisationen usw. tätigen Funktionären, eine stärkere Verbindung zwischen der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung herzustellen und dadurch größere Vertiefung der gesamten Bewegung zu erzielen. In diesen Bedürfnissen sucht die vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Monatschrift „Bücherwarte“, nebst der ihr beiliegenden „Arbeiterbibliothek“ entgegenzukommen. Auch das soeben erschienene Februarheft der „Bücherwarte“ bringt nicht nur eine große Anzahl Besprechungen wissenschaftlicher und literarischer Neuerungen, es sucht vor allen Dingen durch systematische Führerartikel durch einzelne Wissensgebiete, durch Veröffentlichung Kurzus-Dissertationen usw. allen geistig interessierten Genossen in der Arbeiterbewegung, und darüber hinaus auch allen, sich für soziale und kulturelle Fragen interessieren, wichtige Anregungen und praktische Winke zu geben.

Es kann deshalb allen in Frage kommenden Personen empfohlen werden, die neue Zeitschrift, die zum Preise 1,50 Mk. für das Vierteljahr bei der Post abonniert werden kann, zu bestellen und Leser für sie zu werben. Werbematerial stellt der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit zur Verfügung.

Jahrbuch 1926 des IGB. Auch in diesem Jahr wird mit deutschem, französischem und englischem Text versehenes Jahrbuch des IGB über den Stand der internationalen Arbeiterbewegung erscheinen. Die Publikation enthält die Namen, Adressen und Mitgliedszahlen aller dem IGB und den Internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Organisationen, eine Liste der von ihnen herausgegebenen Zeitungen, eine Uebersicht der Gewerkschaftsbewegungen in der Welt, eine Liste aller bestehenden Arbeiterbildungsrichtungen, der Sektionen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der Jugend-Internationale usw., endlich ausführliche Berichte über die dem IGB angeschlossenen Organisationen, die Wirksamkeit der Internationalen Berufssekretariate, die Uebersicht über die Hauptbestimmungen der Statuten der Landeszentralen und der Berufssekretariate usw. Der Preis des ungefährt 500 Seiten zählenden Jahrbuches beträgt 10 Reichsmark oder den Gegenwert in anderen Währungen. Es kann bei der Verlagsabteilung des IGB, Tschiffelstr. 31, Amsterdam, bei jeder Buchhandlung oder direkt bei folgender Adresse bezogen werden: Deutschland: Verlagsgesellschaft des IGB m. B. G., Berlin S. 14, Inselstr. 14. Da nur eine kleine Auflage dieses Buches hergestellt wird, sofortige Bestellung zu empfehlen.

Illustrierte Reichsbannerzeitung. Die neue Nummer 6 soeben erschienen und bringt wieder reiches Bildermaterial und gute Textbeiträge. Jede Nummer der Illustrierten Reichsbannerzeitung kostet 20 Pf. und ist durch alle Reichsbannergruppen, durch jede Postanstalt und Buchhandlung zu beziehen. **Lachen Links.** Die neue Nummer 6 des republikanischen Wählblattes „Lachen Links“ steht im Zeichen der Enthüllung des Abg. Dittmann über die Marine-Justizmarke von 1914. „Lachen Links“ erscheint wöchentlich. Jede Nummer kostet 20 Pf. und ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen oder direkt vom Verlag S. S. W. Diez Nachf., Berlin S. W. 68.

Berlin-Charlottenburg.

Anstatt der Zahlstellenversammlung findet am Sonntag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Charlottenburg (am Bahnhof Siedgarten) ein

„Gemüthlicher Porzellanabend“

statt, wozu wir alle Kollegen, Kolleginnen und Freunde freundlichst einladen. Die Mitwirkung haben u. a. auch der Arbeitergesangverein und der Arbeitermusikverein „Moabit“ zugesagt. Die Zahlstellenverwaltung.

Versammlungs-Anzeigen.

Coburg. Am Sonntag, den 21. Februar 1926, nachmittags 2 Uhr, findet in Creidlitz, bei Gastwirt Böhner, unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt. Es wird um recht reiches Erscheinen ersucht. Die Verwaltung.

† Sterbetafel †

Annaburg. Carl Richter, Porzellanarbeiter, geb. 21. 1895, gest. an den Folgen seiner Verwundung und durch Operation. Organisiert seit 1919.

Waldenburg und Umgegend. Jul. Rupprecht, Dreher, geb. 9. 3. 1868, gest. an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1917. — Paul Hertermann, Schmelzer, geb. 6. 7. 1867, gestorben an Herzschlag. Organisiert seit 1919. — Gustav Gain, Schleifer, geb. 10. 6. 1866, gest. an Rheumatismus. Organisiert seit 1919. — Carl Reiprich, Kapselbrecher, geb. 2. 10. 1858, gest. an Lungenleiden. Organisiert seit 1917. Ehre ihrem Andenken!

Goldabfälle jeder Art

kaufe zu hohen Preisen ein. Stüßiges Glanzgold und Polle gold in Originalflaschen kaufe ich jedes Quantum ein. Wegen Preis fragen Sie an

H. Langhammer, Goldkaufgeschäft, Wilau i. Sachl.

Lüchtiger, gelernter Dreher, ledig, firm in allen kommenden Arbeiten der Dreherei und Gießerei, hat schon Dreherei geleitet, sucht Stelle als Oberdreher. Offerten an „S. 25“ an „Die Ameise“.

2 tüchtige, ledige Formengießer, die auch im Einrichtungsneueitlicher Modelle vollständig bewandert sind, suchen in Stellung bis zum 1. 4. 26 zu verändern. Gesl. Angebote an „S. 23“ an „Die Ameise“ erbeten.

Porzellanmaler, ledig, tüchtige Kraft, an sauberes, flott Arbeiten gewöhnt, wünscht seine Stellung baldigt zu verändern. Angebote unter Chiffre „S. 24“ an „Die Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Hennings, Charlottenburg I, Brabstr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Herberich, Charlottenburg I, Brabstr. 2-5. — Druck: C. Janiszewski, Berlin S. O., Elisabethufer 29.

Gold-Schmelzwerk Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Straße 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen
— Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige
Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen
erledigt und für 1gr gute Goldscheide, je nach Qualität
bis zu 1.70 bezahlt. (7/8)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldscheideanstalt / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Bestes Einkaufsgeschäft dieser Art (4/8)

Gewerben und Aegen von Stahl- und Kupferplatten wird bei voller Bedienung angenommen. Angebote unter „S. 26“ an „Die Ameise“ erbeten.